

# Misstrauensvotum, Vertrauensfrage und Minderheitsregierung

## M1 Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG)

### Was ist ein Misstrauensvotum?

Ein Misstrauensvotum ist ein politisches Verfahren, bei dem die Mitglieder eines Parlaments darüber abstimmen, ob sie dem Bundeskanzler oder der Bundeskanzlerin noch vertrauen. Wenn die Mehrheit der Abgeordneten gegen den Bundeskanzler stimmt, muss dieser zurücktreten. Das bedeutet, dass das Misstrauensvotum ein wichtiges Mittel ist, um eine Regierung zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass sie die Unterstützung des Parlaments hat.

### Wie funktioniert ein Misstrauensvotum?

In Deutschland muss ein Misstrauensvotum nach Art. 67 GG im Bundestag eingereicht werden. Dies kann von einer Fraktion oder von einer bestimmten Anzahl von Abgeordneten geschehen. Die Abgeordneten stimmen dann geheim darüber ab, ob sie dem Bundeskanzler ihr Vertrauen entziehen möchten. „Konstruktiv“ ist dieses Verfahren, weil ein amtierender Kanzler nur gestürzt werden kann, wenn mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auch ein Nachfolger gewählt wird. Das bedeutet, dass die Abgeordneten nicht nur dem Bundeskanzler das Vertrauen entziehen, sondern auch einen neuen Kandidaten vorschlagen müssen, der dann der neue Bundeskanzler wird, falls das Votum erfolgreich ist. Dies soll für politische Stabilität sorgen.

### Beispiel für ein konstruktives Misstrauensvotum

In der Bundesrepublik Deutschland wurde bisher nur einmal ein konstruktives Misstrauensvotum gestellt: 1982 beim Zerfall der sozialliberalen Regierung Schmidt/Genscher von SPD und FDP. Die FDP-Minister kündigten Helmut Schmidt die weitere Zusammenarbeit auf mit dem Ziel, Helmut Kohl (CDU) zum Kanzler zu wählen. Ein konstruktives Misstrauensvotum kann also vor allem eine parlamentarische „Waffe“ des kleinen Koalitionspartners im Zusammenspiel mit einer größeren Oppositionspartei sein.

## M2 Vertrauensfrage (Art. 68 GG)

### Was ist eine Vertrauensfrage?

Art. 68 GG stützt die besondere Stellung des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlers in Deutschland. Er oder sie kann selbst im Parlament die Frage stellen, ob die Abgeordneten ihm oder ihr noch vertrauen (Art. 68 GG). Das kann der Bundeskanzler machen, um zu sehen, ob er noch genug Unterstützung im Parlament hat, um effektiv regieren zu können. Wenn die Mehrheit der Abgeordneten dem Bundeskanzler Vertrauen ausspricht, kann er weitermachen. Gelingt dies nicht, kann der amtierende Kanzler den Bundespräsidenten bitten, den Bundestag aufzulösen und so den Weg für Neuwahlen frei machen.

### Wie funktioniert eine Vertrauensfrage?

Eine Vertrauensfrage kann auf zwei Arten gestellt werden:

- In Verbindung mit einer Sachfrage. So verknüpfte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2001 die Vertrauensfrage mit der Sachfrage zum Auslandseinsatz deutscher Truppen im Rahmen der Terrorbekämpfung.
- Allgemein und unabhängig von einer Sachfrage, wenn der Bundeskanzler gegenüber der Opposition Geschlossenheit demonstrieren oder seine Regierungsfraktionen zu weiterer Unterstützung zwingen will.

### Beispiele für die Vertrauensfrage

Die Vertrauensfrage ist in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mehrere Male von Bundeskanzlern genutzt worden, um ihre Regierung zu stabilisieren oder politische Ziele durchzusetzen.

- Willy Brandt (1972): Bundeskanzler Willy Brandt stellte die Vertrauensfrage, um eine drohende Regierungskrise aufgrund knapper Mehrheitsverhältnisse und innerparteilicher Konflikte in der SPD/FDP-Koalition zu lösen. Die Vertrauensfrage wurde ihm bestätigt und er konnte weiterregieren.
- Helmut Schmidt (1982): In seiner Amtszeit als Bundeskanzler stellte Helmut Schmidt die Vertrauensfrage, nachdem die FDP begonnen hatte, ihre Unterstützung für seine Politik zu überdenken, was zu einer instabilen Lage führte. Die Vertrauensfrage wurde ihm jedoch nicht bestätigt, was später zur Bildung einer neuen Koalition unter Helmut Kohl führte.
- Helmut Kohl (1982): Nachdem Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum Bundeskanzler geworden war, stellte er die Vertrauensfrage, um Neuwahlen herbeizuführen. Sein Ziel war es, eine feste Mehrheit zu erhalten. Die Vertrauensfrage wurde ihm nicht bestätigt, was zu Neuwahlen führte, aus denen Kohl gestärkt hervorging.
- Gerhard Schröder (2001 und 2005): Gerhard Schröder nutzte die Vertrauensfrage zweimal während seiner Amtszeit. Das erste Mal 2001, um seine Position innerhalb der eigenen Partei (SPD) und Koalition (SPD und Grüne) nach einer Reihe von Landtagswahl-Niederlagen zu festigen. Das zweite Mal 2005, als er nach der Europawahl und mehreren Landtagswahlen seine politischen Ziele und Reformen nicht mehr durchsetzen konnte. Die Vertrauensfrage 2005 führte zu Neuwahlen.

### **Warum sind Misstrauensvotum und Vertrauensfrage wichtig?**

Misstrauensvotum und Vertrauensfrage sind wichtige Instrumente in einer Demokratie. Sie helfen dabei, die Macht der Regierung zu kontrollieren und sicherzustellen, dass die Regierenden die Unterstützung des Parlaments haben. Das sorgt für eine gesunde Balance zwischen den verschiedenen Teilen der Regierung und hilft, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Außerdem fördern sie die Verantwortlichkeit der Regierung, da der Regierungschef und seine Minister daran erinnert werden, dass sie das Vertrauen des Parlaments benötigen, um ihre Politik durchführen zu können. Andererseits kann das Stellen der Vertrauensfrage auch problematisch sein, wenn der Bundeskanzler sie in Absprache mit den Mehrheitsfraktionen stellt, um die Vertrauensfrage bewusst zu verlieren, wie es Willy Brandt (1972), Helmut Kohl (1982) und Gerhard Schröder (2005) taten, um dadurch vorgezogene Neuwahlen zu erreichen.

## **M3 Minderheitsregierung**

### **Was bedeutet es, mit einer Minderheitsregierung zu regieren?**

Eine Minderheitsregierung ist eine Regierungsform, bei der die regierende Partei oder Koalition nicht genug Sitze im Parlament hat, um eine eigene Mehrheit zu bilden. Das heißt, die Regierung verfügt nicht über mehr als die Hälfte der Stimmen im Parlament. Regieren mit einer Minderheitsregierung kann herausfordernd sein, da sie für jede Entscheidung und jedes Gesetz die Unterstützung anderer Parteien suchen muss, die nicht zur Regierung gehören.

### **Herausforderungen und Vorteile einer Minderheitsregierung**

Ohne eine stabile Mehrheit muss die Minderheitsregierung oft Kompromisse eingehen und mit anderen Parteien verhandeln, um ihre Politik durchzusetzen. Das kann dazu führen, dass politische Entscheidungen langsamer getroffen werden, da viel Zeit für die Suche nach Konsens benötigt wird. Außerdem kann es schwierig sein, langfristige oder umstrittene Projekte zu realisieren, da die Unterstützung der anderen Parteien nicht immer gesichert ist. Eine Minderheitsregierung hat jedoch auch Vorteile. Sie kann flexibler auf neue Situationen reagieren und muss mehr auf die Meinungen und Vorschläge anderer Parteien hören. Das kann zu einer breiteren Diskussion und oft zu durchdachteren, ausgewogeneren Gesetzen führen.